

Alf Zachäus

Im Gefängnis der Unfehlbarkeit.
Interessenkonflikte und
Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion
und der DDR

Forschungsarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2016 GRIN Verlag
ISBN: 9783668347717

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/344759>

Alf Zachäus

**Im Gefängnis der Unfehlbarkeit. Interessenkonflikte
und Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion und der
DDR**

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Im Gefängnis der Unfehlbarkeit

Interessenkonflikte und Wirtschaftsreformen
in der Sowjetunion und der DDR

Alf Zachäus

November 2016

Inhalt

1. Einführung	2
2. Soziale Klassen und Klassenlagen im Staatssozialismus	4
a) Die Staats- und Parteiführung in der Falle struktureller Sachzwänge	6
Abhängigkeit vom öffentlichen Amt	6
Unfehlbarkeitsanspruch	8
Unbedingte Loyalität.....	11
b) Die administrative und die operative Dienstklasse	11
c) Die staatssozialistische Arbeiterklasse	14
3. Wirtschaftsreformen und –gegenreformen in der SU und der DDR.....	15
a) Unterentwicklung und Gewalt, Ineffizienz und Legitimitätsverlust	16
b) Wirtschaftsreformen in der DDR und SU nach 1945.....	19
Wirtschaftsreformen in der DDR in der Ära Ulbricht	21
Die Kossygin-Reform in der Sowjetunion	27
4. Resümee	29
Auswahlbibliographie:	31

1. Einführung

Bei der Bewertung der Geschichte der Sowjetunion und ihrer Satelliten fällt der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik der Sowjetbürokratie eine zentrale Bedeutung zu. Der Begriff Entwicklungsdiktatur dient nicht wenigen Autorinnen und Autoren zur Illustration des engen Zusammenhangs zwischen totalitärem Machtanspruch und futuristischem Fortschrittsversprechen in den staatssozialistischen Regimen seit Josef Stalin.

Geht es um die die Partei- und Staatsführungen in ihren Entscheidungsfindungen leitenden Motive, so neigen jedoch nicht nur Vertreter der Totalitarismustheorie bis heute dazu, ihren Ursprung in der Ideologie der Handelnden zu suchen.

Gerade so als wären die kommunistischen Führungen nicht selbst die kreativen Schöpfer der offiziellen Ideologie gewesen, sondern seien stattdessen von höheren Mächten vorgegebenen Prämissen gefolgt. Gerade so als hätte es die schon vielfach diagnostizierten Zick-Zack-Kurse der ständig wechselnden Parteilinien nie gegeben.

Auch in den Arbeiten renommierter Sozialhistoriker stößt der interessierte Leser auf überraschende Leerstellen und merkwürdige Interpretationen, geht es um die Bestimmung der Motive der historischen Akteure in den einstigen Ostblockstaaten.

So bemühte selbst der 2014 verstorbene Mentor der deutschen Gesellschaftsgeschichte Hans-Ulrich Wehler die Figur der „im Bann ihrer Ideologie“ stehenden „dogmatischen Kader“ zur Erklärung des finalen Fiaskos der DDR-Ökonomie. Die dem Wechselverhältnis von Wirtschaftspolitik und Machterhaltung zugrundeliegenden strukturell bedingten Motive vermochte auch er nicht zufriedenstellend offenzulegen, trotz profunder Kenntnis der Klassenlagen in der SBZ/DDR.¹

Die großen strategischen Wendungen in der Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion seit den 1920er Jahren und ihren Satellitenstaaten nach 1945 widerlegen hingegen die These von der Ideologie als Primat der Politik im Staatssozialismus. Ausgangspunkt dieses Textes sind drei Grundannahmen:

¹ Siehe Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Band 5, S. 90, 104-107 und 216-230

1. Die Politik der Nomenklatura entsprang Widersprüchen zwischen sozialen Klassen und aus ihnen resultierenden, immer wiederkehrenden Interessenkonflikten.
2. Die grundlegenden Interessen der einzelnen staatssozialistischen Gesellschaftsklassen erfuhren in den Jahrzehnten der Existenz des Sowjetsystems über die einzelnen Ländergrenzen hinweg bis zu seinem Ende 1990 keine wesentliche Veränderung.
3. Allerdings kam es in einzelnen Entwicklungsphasen im langen Zeitraum von der Neuen Ökonomischen Politik in den 1920er Jahren bis zum Ende des Staatssozialismus sowjetischen Typs zur Ausprägung unterschiedlicher Interessenkonstellationen.

Für die Wandlungen in der Politik der Partei- und Staatsführungen bietet eine differenzierte Untersuchung stichhaltige Erklärungen, die diese klassenspezifischen Interessenlagen mit der Analyse des Erfahrungshorizontes der Handelnden koppelt.

Halbwegs seriösen Rekonstruktionen des Erfahrungshorizontes gesellschaftlicher Gruppen kann aus guten Gründen ein Höchstmaß an Erklärungskraft abgewonnen werden. Ganz im Gegensatz zu den seit den 1980er Jahren im Mikrokosmos der Geisteswissenschaften weit verbreiteten Erklärungsansätzen, denen zufolge Motive einzelner oder größerer Gruppen von Akteuren auf mehr oder weniger unbewusste Denk- und Handlungsmuster zurückzuführen seien. Seit der Hinwendung zur „neuen“ Mentalitätsgeschichte durch weite Teile der geisteswissenschaftlichen Community stehen solcher Art mentale Prägungen bei der Bewertung von Entscheidungsfindungsprozessen im historischen Rückblick hoch im Kurs. Wie so häufig geht jedoch auch beim massenhaften Vollzug des sogenannten *Cultural Turns* ein Übermaß an Modebewusstsein mit dem Verlust analytischer Präzision einher.

Dieses Defizit äußert sich im weitverbreiteten Unwillen oder Unvermögen zwischen zwei Arten von Entscheidungen handelnder Akteure zu unterscheiden. Das Konzept der Mentalität meint im Grunde quasi automatisch abrufbare Interpretations- wie Aktionsmuster.

Von ihnen zu unterscheiden sind Entscheidungen, die sich aus rationalen Opportunitätskostenabwägungen ergeben. Diese vollziehen Akteure auf Basis der Bewertung

von Informationen anhand des eigenen Erfahrungshorizontes. Auch wenn so gefällte Entscheidungen im Rückblick irrational erscheinen, können sie im konkreten historischen Kontext rational begründet gewesen sein.²

2. Soziale Klassen und Klassenlagen im Staatssozialismus

Bis zum Ende der Sowjetunion und ihrer Satelliten wurde in den meisten kritischen marxistischen Publikationen über den Staatssozialismus implizit oder explizit von einem Zweiklassenmodell ausgegangen: Die Nomenklatura als herrschende Klasse, Kaste oder wie auch immer zu definierende soziale Schicht versus die unterdrückte wie entmündigte Mehrheit der Arbeiter und Bauern bzw. Werktätigen. In einem solchen Modell bleiben jedoch wesentliche Konfliktlinien unsichtbar, die für die Entwicklung des Gesamtsystems von entscheidender Bedeutung waren.³

In ihrer Strukturanalyse der DDR-Gesellschaft von 1995 entwarf Heike Solga ein weitaus differenzierteres Modell, in dem die Nomenklatura nicht mehr nur als mehr oder weniger einheitlicher sozialer Block erscheint. Sie untergliedert die Nomenklatura in drei soziale Klassen, deren Interessen durchaus auch in Widerspruch zueinander stehen konnten. Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion von Autoren wie Hansgeorg Conert oder Paul R. Gregory legen den Schluss nahe, dass dieses Vierklassenmodell auch bei Untersuchungen des Mutterlandes des Sowjetsystems

² Volker Sellin definierte in Anlehnung an Werner K. Blessing Mentalitäten als spezifische umweltgebundene Ausrichtung des Denkens und Fühlens. Die Bildung neuer Ideologien beginnt für Sellin da, wo althergebrachte Mentalitäten mit neuen Gegebenheiten konfrontiert werden. Neue Ideologien würden die Mentalität des Menschen wiederum verändern. Er kommt zu dem Schluss, dass Mentalitäten zwar die Ursache menschlichen Handelns sind, sie sind aber auch „Tendenzen und Dispositionen, bestimmte Situationen, die ein Verhalten auslösen, in charakteristischer Weise zu deuten.“ Grundlegernd einzuwenden wäre, dass es dem Konzept aufgrund seiner begrifflichen Unbestimmtheit an der nötigen analytischen Trennschärfe mangelt, um mit ihm überhaupt wissenschaftlich seriös arbeiten zu können. Sellin, V. (1985): *Mentalität und Mentalitätsgeschichte*, in: Gall, Lothar (Hrg.): *Historische Zeitschrift*, S.555 – 598, Oldenbourg, München

³ Orthodoxe Zweiklassenmodelle bilden die Grundlage zahlreicher Erklärungsansätze von Autoren, die den Staatssozialismus sowjetischen Typs als Staatskapitalismus charakterisieren (u.a. Tony Cliff und Paul Mattick) oder die in dessen Analyse von der marxistischen Theorie der asiatischen Produktionsweise ausgehen (u.a. Karl August Wittfogel und Rudolf Bahro). Ebenso verhält es sich mit Theorien, in denen dem Sowjetsystem der Charakter einer Klassengesellschaft neuen Typs im Sinne eines bürokratischen Kollektivismus attestiert wird (u.a. James Burnham und Milovan Djilas).

Siehe auch:

Bahro, R. (1977): *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus; Frankfurt a. M.

Burnham, J. (1941): *The Managerial Revolution*. What is happening in the World, New York

Cliff, T. (1975): *Staatskapitalismus in Rußland*: eine marxistische Analyse, Frankfurt a. M.

Djilas, M. (1957): *The New Class*, New York

Trotsky, L. (1937): *The Revolution Betrayed*. What is the Soviet Union and where is she going, London

Wittfogel, K.A. (1957): *Oriental Despotism*. A Comparative Study of Total Power, New Haven

zweckdienlicher ist als ein auf der Vorstellung von zwei Hauptklassen im Staatssozialismus beruhendes.

Nach der Analyse der Klassenstruktur der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR von Heike Solga bestand diese aus folgenden vier Hauptklassen:

1. Die Staats- und Parteiführung als herrschender Klasse (Sekretäre, ZK-Mitglieder und -kandidaten, Mitglieder des Politbüros, Abteilungsleiter des ZK, Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, Führungsmitglieder von Massenorganisationen).
2. Die administrativen Dienstklasse (Administrativkader der Volkskammer, die Mitglieder des Staatsrates, die Minister, Kombinatdirektoren, hohe NVA-Offiziere u. a.)
3. Die operative Dienstklasse (u.a. Abteilungsleiter, Ingenieure und Wissenschaftler mit Spezialkenntnissen, Schuldirektoren mit Weisungsbefugnissen)
4. Die „sozialistische“ Arbeiterklasse (qualifizierte und nichtqualifizierte Arbeiter sowie Angestellte ohne „politische, ökonomische und technokratische Verfügungsgewalt“).⁴

Letztere soll im Folgenden staatssozialistische Arbeiterklasse genannt werden, da hier davon ausgegangen wird, dass es sich beim Staatssozialismus sowjetischen Typs um eine eigene Gesellschaftsform gehandelt hat.⁵ Neben diesen vier Hauptklassen spielte die bürgerliche Restklasse noch eine gewisse Rolle in einzelnen Ländern des Ostblocks, vor allem in Gesellschaften, wie der ostdeutschen oder tschechoslowakischen, die bereits im 19.Jh. den Entwicklungsstand hochentwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften erreicht hatten.

⁴ Solga, Heike (1995): *Auf dem Weg*, S.56-80

⁵ Übereinstimmende Charakteristika und Entwicklungen, wie sie unterschiedliche Ausformungen des Kapitalismus im 20. Jh. häufig zeitgleich aufwiesen bzw. durchliefen, widersprechen dieser Ausgangsüberlegung nicht – hier wären v. a. die stark staatlich regulierten Ausformungen des hochentwickelten Industriekapitalismus und eine Reihe von Entwicklungsgesellschaften im Trikont zu nennen.

a) Die Staats- und Parteiführung in der Falle struktureller Sachzwänge

Die Herrschaft der Staats- und Parteiführung war durch vier wesentliche Strukturmerkmale gekennzeichnet.

1. Das Staatseigentum an Produktionsmitteln als hegemoniale Eigentumsform in der Volkswirtschaft.
2. Die administrative Verfügungsgewalt der Staats- und Parteibürokratie als vorherrschende Form des Zugriffs auf Produktionsmittel.
3. Das verfassungsmäßig garantierte Machtmonopol der staatlichen Führung und ihrer Partei.
4. Das administrativ abgesicherte Entscheidungsprivileg im Sinne des letzten Wortes durch dieselbe.

Vereinfacht ausgedrückt besaß die Staats- und Parteiführung den Staat und somit auch die Produktionsmittel. Ihr politisches Machtmonopol war zugleich ökonomisches. Sie behielt sich am Ende vor zu entscheiden, was wie für wen in welchen Quantitäten produziert wurde. Diese Charakteristika bildeten die wesentliche Grundlage für die privilegierte Position der Mitglieder der Staats- und Parteiführung im sozialen Raum der staatssozialistischen Gesellschaft.

Abhängigkeit vom öffentlichen Amt

Zur Erklärung der wesentlichen die Politik der Staats- und Parteiführung leitenden Motive offeriert die neue Institutionenökonomik vier idealtypische Diktaturmodelle:

1. Die wissenschaftliche Diktatur, in der die allwissende Führung die strategischen Ziele definiert und deren konkrete Umsetzung an untergeordnete Planungsinstanzen (scientific planners) delegiert.
2. Die Theorie des „stationary bandit“, nach der der Diktator (bzw. die Führungsgruppe) sein Hauptinteresse in der langfristigen Maximierung seiner persönlichen Macht sieht. Nach dieser Theorie suchte die Staatsspitze ihre strategischen Ziele mittels einer auf ein stätiges Wirtschaftswachstum ausgerichteten Entwicklungspolitik zu erreichen.
3. Das Modell des egoistischen Diktators (selfish dictator), der versucht die eigene Macht zu akkumulieren, indem er seine Untergebenen materiell korrumpiert und sich deren Loyalität mittels materieller und nichtmaterieller Subsidien er-

kauft. Nach diesem Modell war das die Partei- und Staatsführung treibende grundlegende Motiv nicht das Wirtschaftswachstum und die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards, sondern die Konsolidierung ihrer totalitären Macht.

4. Der staatssozialistische Diktator als Schiedsrichter (referee-dictator), der zwischen unterschiedlichen Macht- und Interessengruppen vermittelt. Diese Art könnte auch aus einem „stationary bandit“ oder einer auf die Maximierung der totalitären Macht ausgerichteten Diktatur hervorgehen, wenn Industriedirektoren, einzelne Ministerien oder regionale Parteiführungen ihre Spielräume ausweiten und zunehmend eigenständiger agieren.⁶

Alle vier idealtypischen Diktaturmodelle sind zwar hilfreich zum Verständnis einzelner Aspekte des Staatssozialismus sowjetischen Typs. Allerdings ermöglichen sie keinen zufriedenstellenden Zugriff auf wesentliche Zusammenhänge zwischen grundlegenden Interessenlagen und machtpolitischen Konstellationen einerseits und Entwicklungsversprechen wie Legitimationszwängen seitens der Nomenklatura andererseits.

Um das leisten zu können, muss man sich zunächst die machtpolitischen Konsequenzen vergegenwärtigen, die aus den oben kurz behandelten vier wesentlichen Strukturmerkmalen zwangsläufig resultierten.

Aus ihnen ergaben sich von vornherein grundlegende Abhängigkeiten und Interessen, die quasi konstitutiv für das Handeln der Partei- und Staatsführungen in allen staatssozialistischen Ländern vor 1990 waren. Die Apparatschiks agierten faktisch in einer permanenten Zwangslage ganz eigener Natur.

Ein Spitzenfunktionär befand sich nur solange in einer privilegierten Position im sozialen Raum, solange er sein Amt in der Staats- und Parteiführung innehatte. Nur solange er an der politischen Herrschaft teil hatte oder sie gar völlig monopolisierte, verfügte ein führender Funktionär auch über ökonomische Macht, war so Teil der ökonomisch herrschenden Klasse. Ein Mitglied der Staats- und Parteiführung eines staatssozialistischen Landes besaß so gesehen weitaus mehr Macht als ein Spitzenpolitiker in einem kapitalistischen Land. Andererseits boten sich ihm im Gegensatz zu seinem westlichen Pedant kaum Alternativen außerhalb des politischen Geschäftes.

⁶ Gregory, Paul R. (2004): *The Political Economy*, S. 9-13

Ein Politiker in einer westeuropäischen parlamentarischen Demokratie z.B. kann, wenn er im Amt nur gut genug „vorgearbeitet“ hat, im Falle seines Ausscheidens aus der Regierungsverantwortung in die Privatwirtschaft wechseln. Dies ist eines der Grundmuster der Korruption in modernen kapitalistischen Gesellschaften.⁷ Einem Spitzenfunktionär im Staatssozialismus bot sich eine solche Option nicht, da es private Unternehmen als nennenswerte Größe in der Zentralverwaltungswirtschaft einfach nicht gab. Er musste wohl oder übel einen Unfehlbarkeitsanspruch erheben, um sein beständiges Festhalten an seiner Führungsposition rechtfertigen zu können. Was im Folgenden näher erläutert werden soll.

Unfehlbarkeitsanspruch

Um als Amtsinhaber in der Sowjetunion oder einem ihrer Satelliten als unantastbar zu gelten, bedurfte es einer Reihe von Voraussetzungen, die dauerhaft erfüllt sein mussten, sollte der eigene totalitäre Herrschaftsanspruch nachhaltig legitimiert werden. Die erste bestand in dem kollektiven Versprechen der staatssozialistischen Spitzenfunktionäre, Garanten für eine bessere Zukunft der nichtprivilegierten Gesellschaftsmitglieder zu sein. Dieses Versprechen beinhaltete zwei beständig propagierte Zielsetzungen: Die nachhaltige ökonomisch-technologische Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Basis und ein dauerhafter Anstieg des Lebensstandards von Arbeitern und Bauern. Wollte ein regierender Funktionär seine führende Position, also sein politisches Amt nicht zugunsten anderer Anwärter verlieren, so musste er im Sinne der propagierten gesellschaftlichen Ziele als unfehlbar und unersetzbar erscheinen. So befanden sich die Mitglieder der Staats- und Parteiführungen schon aufgrund dieser strukturellen Besonderheit in einer höchst fragilen Position.

Unter diesen Bedingungen bedienten sich die Führungen einem über Jahrzehnte hinweg gleichbleibenden Basisportfolio an Herrschaftspraktiken:

Wollten Spitzenfunktionäre vermeiden, in ihrer Position früher oder später als ersetzbar zu gelten, so mussten sie verhindern, dass andere ihre Fähigkeiten zum selbsttätigen Handeln oder gar ihre Leitungskompetenzen unter Beweis stellten. Ein Mitglied des Führungszirkels war also schon aus diesem Grund bestrebt, möglichst viele Kompetenzen an sich zu ziehen und sie dauerhaft in seinen Händen zu halten.

⁷ Siehe Rügemer, Werner (1996): *Korruption*. S. 98-116

Das allseits anzutreffende vormundschaftliche Verhalten von Funktionären in der DDR, der Sowjetunion oder den anderen „Volksdemokratien“ muss vor allem als Technik zum Erhalt der eigenen Machtposition durch Entmündigung der minderprivilegierten Gesellschaftsmitglieder verstanden werden.

Der unauslöschliche Hang zur Konzentration von Entscheidungskompetenzen lässt sich bereits für die frühe Sowjetunion zur Zeit des abrupten Richtungswechsels von der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) zur forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung ab 1928 belegen. Das administrative System der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft bestand offiziell aus zwei Befehlswegen: einer führte durch den Staatsapparat, der andere durch die Hierarchieebenen der Partei.

Die administrative Kommando- bzw. Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bestand in der Phase des Stalinismus aus drei Ebenen. Die oberste Ebene bildeten das Politbüro und das Volkskommissariat als oberstem staatlichen Organ, bei starken personellen Überschneidungen zwischen beiden. Die zweite Ebene bestand aus der obersten Planbehörde (Gosplan) und dem Finanz- wie dem Arbeitsministerium. Unterhalb beider agierten die Industrieministerien. Den Industrieministerien untergeordnet waren die Verwaltungen der unterschiedlichen Branchen (Glavks) und jenen wiederum die einzelnen Kombinate bestehend aus den einzelnen Betrieben. Zur Kontrolle der unteren Ebenen diente der Parteiführung die Kontrollkommission.

Die staatlichen Stellen mit dem Volkskommissariat an der Spitze trugen de jure die Verantwortung für die täglich zu regelnden wirtschaftlichen Belange. Der Parteiapparat legte die strategischen Ziele der wirtschaftlichen Planung fest. In der Realität allerdings spielte die Partei auch in der täglichen Wirtschaftslenkung eine aktive Rolle, um die Direktiven der Führung durchzusetzen. In den 1930er Jahren hatte das Politbüro so jährlich 2.300 bis 3.500 Entscheidungen zu fällen. Zu Beginn des Jahrzehnts waren es fünfzig pro Tagung. Die Zahl wurde auf Anweisung von Stalin 1932 auf fünfzehn pro Sitzung des Politbüros begrenzt. Bis Mitte der 1930er Jahre war die Zahl der pro Tagung zu treffenden Entscheidungen jedoch auf 100 bis 1.000 angestiegen.

Aus diesem systemimmanenten Missverhältnis resultierte eine bereits für das erste Jahrzehnt der (angestrebten) totalen Kommandowirtschaft feststellbare permanente Überlastung der Spitzenfunktionäre, allen voran Josef Stalins.

Diese quasi selbstverschuldete Dauerüberlastung führte zu Entscheidungsfindungsprozessen auf viel zu geringer Datenbasis, gemessen an dem selbstgesteckten Ziel der vollständigen Planung und Lenkung der gesamten Volkswirtschaft.⁸

Das Dilemma blieb bis zum Ende der bürokratischen Zentralverwaltungswirtschaft und damit des Staatssozialismus sowjetischen Typs bestehen. So wurden in der SU in den 1980er Jahren 22 bis 24 Mio. Güter produziert. Die Bilanzen der Planbehörde (Gosplan) erfassten jedoch nur einige tausend Gütergruppen, mit denen die Statistiker gerade einmal 40 bis 50.000 Produkte aggregieren konnten.⁹

Unter den Defiziten des Planungssystems der UdSSR, litt die DDR-Volkswirtschaft ebenso. So war das Datenerfassungssystem in der DDR, was das Tempo und die Masse der erfassten Daten und deren Aufarbeitung anbelangt, im Vergleich mit westeuropäischen Standards konkurrenzlos. Die Ostberliner Zentralplaner sahen sich mit einem monatlich anfallenden Datenbestand von 43 Mio. Bit konfrontiert, konnten jedoch nur 43.000 Bit Informationen auswerten.¹⁰

Paul R. Gregory weist in seiner Analyse der politischen Ökonomie des Stalinismus darauf hin, dass ökonomische Diktaturen unter dem allgemeinen Dilemma leiden, einen Teil ihrer Entscheidungskompetenzen an untergeordnete Ebenen und an Spezialisten delegieren zu müssen. Wie das Schicksal der Datenverarbeitungssysteme in der späten UdSSR und DDR zeigt, drohten sich die führenden Planer sonst, und mit ihnen das gesamte System, früher oder später selbst zu paralysieren. Allerdings brachte jede Übertragung von Kompetenzen an Untergebene den Verlust eines Teils der eigenen Machtvollkommenheit mit sich, der Grundlage der privilegierten Position im sozialen Raum der staatssozialistischen Gesellschaft.¹¹

Die Verlagerung von Kompetenzen an Untergebene erfolgte unter diesen Bedingungen nur widerwillig. Die Ausstattung von Akteuren aus der administrativen und operativen Dienstklasse mit zeitlich begrenzten Sondervollmachten bot der Machtzentrale andererseits die Möglichkeit, ihnen systemimmanente Fehlentwicklungen anzulasten,

⁸ Siehe Gregory, Paul R. (2004): *The Political Economy*, S. 112, 127-131

⁹ Siehe Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie*, S. 21

¹⁰ Siehe Gürtler, Markus (1996): *Die Grenzen der Kontrolle*, S.253-273

¹¹ Siehe Gregory, Paul R. (2004): *The Political Economy*, S. 9-10, 188-189

um von der eigenen Fehlbarkeit abzulenken und sie so als potentielle Konkurrenten auszuschalten.

Die Geister, die man in der Not rief, sollten sich nicht verselbständigen, mussten also nach getaner Arbeit wieder zurückgerufen oder gar vernichtet werden, damit den etablierten Apparatschiks keine unliebsame Konkurrenz erwuchs. Der Schauprozess gegen General Arnaldo Tomás Ochoa Sánchez 1989 in Kuba steht als eines von vielen Beispielen für diese Praxis.¹²

Die allgegenwärtige Zensur, die Monopolisierung von Informationsquellen und die Unterbindung des freien öffentlichen Diskurses durch die staatssozialistischen Führungen erfüllten den gleichen Zweck wie die Zentralisierung von Entscheidungen. Der Ausschluss potentieller Konkurrenten vom Zugang zu Informationen war so auch eines der probaten Mittel, sich in den Ämtern auf der obersten Ebene der Machtpyramide unersetzlich zu machen.

Unbedingte Loyalität

Die Abhängigkeit der Spitzenfunktionäre vom öffentlichen Amt, ohne jede Möglichkeit selbst früher oder später Kapital zu akkumulieren, zwang sie ebenso, sich beständig der Loyalität ihrer Untertanen zu vergewissern. Loyalität bedeutete vor allem die Anerkennung der Unfehlbarkeit der Führung und die bedingungslose Akzeptanz wie Unterordnung unter die aktuell propagierte Parteilinie. Die permanente Zumutung, Loyalitätsbekundungen zu leisten, denen sich die staatssozialistische Arbeiterklasse und die Dienstklassen ausgesetzt sahen, entsprang dieser Zwangslage auf Seiten der Herrschenden. In kapitalistischen Gesellschaften hat diese Art von Loyalitätsbekundung ihr Pendant in der pflichtgemäßen Anerkennung privater Eigentumsrechte. Die unbedingte Anerkennung des Machtmonopols der Parteiführung und der öffentlich bekundete Glaube in die Unfehlbarkeit der Spitzenfunktionäre waren so zu erbringende Vorleistungen, wollte man bei der Verteilung von Ressourcen nicht zu kurz kommen.

b) Die administrative und die operative Dienstklasse

Die Mitglieder der administrativen und operativen Dienstklasse auf der Kombinars-, Betriebs- und Abteilungsebene hatten keine marktvermittelte Konkurrenz zu fürchten.

¹² Siehe Zeuske, Michael (2000): *Insel der Extreme*. S. 130-133

Ihr Erfolg hing von der quasi „von oben diktierten“ Höhe der zu erfüllenden Plankennziffern und den ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen ab. Diese spezifische Form von Abhängigkeit bestimmte schon in der Sowjetunion in der Phase der forcierten Industrialisierung in den frühen 1930er Jahren die grundlegenden Motive ihres Handelns und determinierte sie in allen administrativen Kommandowirtschaften bis 1990.

Bereits zur Zeit des ersten Fünfjahrplans in der SU bildeten sich so spezifische Partikularinteressen auf betrieblicher Ebene aus, die für sechs Jahrzehnte die Entwicklung der Zentralverwaltungswirtschaften maßgeblich prägen sollten. Betriebe wie Abteilungen konkurrierten um möglichst gering ausfallende Zielvorgaben.

Die den Kombinat und Einzelbetrieben von der Zentrale auferlegten Planvorgaben waren nichts anderes als die von ihnen zu leistenden Beiträge zur Realisierung der von der Führung anvisierten gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung.

Zugleich suchten Betriebsdirektoren wie Abteilungsleiter in den Genuss einer möglichst hoch ausfallenden Zuweisung von materiellen Ressourcen und Arbeitskräften zu kommen. Es ging ihnen sozusagen um die Zuteilung eines möglichst großen Stückes von einem Kuchen, um dessen geringe Größe alle Tischgenossen wussten.

„Der Plan bestand aus einem multidimensionalen Vertrag auf der Basis unvollständiger Informationen. Stalin fürchtete, dass dieser Vertrag/Plan nur auf dem Papier erfüllt werden würde. Denn Kombinatdirektoren kämpften um Pläne, die ihren Partikularinteressen entsprachen. Eine freundliche Interpretation dieser Art von betriebswirtschaftlichem Egoismus könnte die Ursache in ihrem Bestreben nach einem ruhigen Leben sehen. Böartig könnte man aber auch sagen, sie suchten die eigene Macht über die Aneignung möglichst vieler Ressourcen zu stärken.“¹³

Jahrzehnte später konstatiert z.B. L. Fritze mit Blick auf die DDR-Volkswirtschaft immer noch das gleiche grundlegende Aushandlungsmuster, ging es um die Festsetzung von Zielvorgaben und die Zuteilung von Inputs. Die niedrigere Ebene war bei der Aushandlung der Pläne bestrebt, die jeweils höhere von der geringen eigenen Produktionskapazität bei zugleich hohem Bedarf an Maschinen, Materialien und Arbeitskräften zu überzeugen. Ziel war es, nur auf die Erfüllung möglichst leicht zu er-

¹³ Für die 1930er Jahre siehe u.a. Gregory, Paul R. (2004), *The Political Economy*, S. 140-144, Zitat S. 141

füllender „weicher“ Pläne verpflichtet zu werden. Dabei durften die Kombinati- und Betriebsdirektoren dieses „Negativ-Poker“ natürlich nicht auf die Spitze treiben, wollten sie nicht unglaublich erscheinen. Dieser allgegenwärtigen Form der Leistungsverweigerung begegneten die höheren Ebenen regelmäßig mit völlig überzogenen Forderungen, die allzu häufig nur per Raubbau am Kapitalstock der Betriebe realisierbar waren. Immer wieder auftretende Engpässe durch Lieferausfälle und Fehllieferungen, verursacht durch die quantitative Überlastung des Planungssystems, steigerten diese destruktive Dynamik zusätzlich.¹⁴

In der Sowjetunion wurde es so bereits in den 1930er Jahren zur gängigen Praxis Angestellte freizustellen, um zur Materialbeschaffung bei übergeordneten Behörden „Klinken zu putzen“.¹⁵

Für die DDR-Volkswirtschaft finden sich zahlreiche Zeitzeugenberichte über die weitverbreitete Praxis bei Direktoren der VEB und ihrer Abteilungsleiter für Materialbeschaffung, über den inoffiziellen Tausch von Materialien und Dienstleistungen Engpässe auszugleichen.¹⁶ Das Ausmaß dieser allseits praktizierten Form des Naturaltauschs veranlasst Lothar Fritze zu folgender bemerkenswerten Charakterisierung der inoffiziellen Seite der DDR-Volkswirtschaft:

„Der fehlende Markt wurde ersetzt durch einen Quasi-Markt der Beziehungen und Bestechungen...Es war dies ein außerhalb der Legalität stehender, weil die Planbürokratie unterwandernder „Markt“, ein Markt der durch operatives, zu den ursprünglichen Planvorgaben kontrafaktisches Organisieren erst geschaffen wurde. Da er jedoch unverzichtbar war, um die Defizite der Planung zu kompensieren, mußte er – paradoxerweise – von allen für legitim gehalten werden. Die geplanten und vertraglich abgesicherten Beziehungen wurden durch ungeplante „nichtvertragliche“ Beziehungen ergänzt ja teilweise ersetzt...“¹⁷

¹⁴ Siehe Fritze, L. (1993): *Panoptikum DDR-Wirtschaft*. Machtverhältnisse, Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, Tutzing, Olzog-Verlag, Akademiebeiträge, S. 33-36. André Steiner (2007): *Von Plan zu Plan*. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 61.

¹⁵ Siehe Gregory, Paul R. (2004), *The Political Economy*, S. 177-182

¹⁶ Siehe z.B.: Niethammer, L.; Plato, A. v. u. Wierling, D. (1991): *Die volkseigene Erfahrung*; Plato, A.v. (1999): *Arbeiter-Selbstbilder*, S. 867-881

¹⁷ Siehe Fritze, L. (1993): *Panoptikum DDR-Wirtschaft*, S.41

c) Die staatssozialistische Arbeiterklasse

Die Werktätigen in der administrativen Kommandowirtschaft befanden sich in einer ähnlichen von mehrfacher Entfremdung geprägten sozialen Lage wie die Lohnarbeiter jenseits des Eisernen Vorhangs. Gleich ihren „Klassengenossen im Spätkapitalismus“, ganz egal ob Blue- oder White Collar Worker, waren sie ihrer natürlichen Umwelt gegenüber entfremdet, anstatt sich als Teil der Natur zu empfinden.¹⁸ Allerdings wies die Art der Entfremdung im Staatssozialismus verglichen mit der in der kapitalistischen Marktwirtschaft eine Reihe von Besonderheiten auf.

1. Wie abhängig Beschäftigte im modernen Industriekapitalismus sahen sich Lohnarbeiter in einer bürokratischen Kommandowirtschaft sowjetischen Typs gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Verfügungsgewalt über die von ihnen produzierten Güter besaß die Nomenklatura. Wie die Produktionsmittel, ebenfalls Produkt ihrer Arbeit, eingesetzt werden sollten, bestimmte ebenfalls die Staatsführung im Allgemeinen und der Betriebs- bzw. Abteilungsleiter im Besonderen. Die Nomenklatura trat so an die Stelle des kapitalistischen Unternehmers, ohne jedoch dem Konkurrenzdruck anderer Anbieter von Waren ausgesetzt gewesen zu sein. Um Arbeiter zu möglichst produktiver wie qualitätsorientierter Arbeit zu motivieren, musste es den Herrschenden gelingen, ihnen ein als für die zu leistende Arbeit fair empfundenen Lohn zu zahlen. Zur Steigerung der Arbeitsmotivation der Betriebsbelegschaften griffen sie so, nicht nur in Zeiten eklatanter Konsumtionsgüterknappheit, regelmäßig zum Mittel der Arbeitskampagne im Stile der Stachanowbewegung.

Ihre Entsprechung finden diese Kampagnen bis heute in diversen Personalmanagementstrategien zur Stiftung einer Corporate-Identity in kapitalistischen Unternehmen. In gewisser Hinsicht kann auch das aus Japan stammende Konzept des Kaizen, der Motivierung von abhängig Beschäftigten zur permanenten Verbesserung aller Produktionsabläufe in einem Unternehmen, als dem vormals in der DDR propagierten Neurerwesen verwandtes angesehen werden.

Allerdings lastete auf Arbeitern und Angestellten im Staatssozialismus, im Gegensatz zu Lohnarbeitern im „kapitalistischen Normalbetrieb“, keine latente Bedrohung durch

¹⁸ Siehe Marx, Karl: *Die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte*, S. 87-89

konjunkturbedingte Entlassungen. Werden im Kapitalismus als ungerecht empfundene Löhne regelmäßig mit dem drohenden Verlust der Arbeitsplätze im Falle des Bankrotts des „Arbeitsgebers“ gerechtfertigt, so versprachen die Apparatschiks dem Arbeiter im Staatssozialismus - von Stalin bis Gorbatschow, von Ulbricht bis Honecker - eine lichte Zukunft, als Kompensation für zu gering empfundenen Reallöhne bzw. Warenkörbe.¹⁹

Die Allgegenwärtigkeit dieser Kampagnen belegte am deutlichsten, dass die Entfremdung in der bürokratisch gelenkten Planwirtschaft von den Gesellschaftsmitgliedern konkret als solche empfunden wurde.

Sichtbarstes Resultat dieser Form der Entfremdung war der häufig anzutreffende nachlässige Umgang mit den „volkseigenen“ Produktionsmitteln. Eine nachlässige Haltung, die sich das entfremdete Subjekt aufgrund der fehlenden Drohkulisse des Arbeitsplatzverlustes allzu häufig leisten konnte.²⁰

2. Ein permanenter, mal verdeckter, mal offen ausgetragener Konkurrenzkampf um knappe Güter prägte das Verhältnis der Werktätigen in den Ostblockstaaten zueinander. Im Gegensatz zu den Lohnarbeitern in der kapitalistischen Marktwirtschaft, die den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt durch die Gründung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu überwinden suchen, blieb den Werktätigen im Staatssozialismus jedwede staatsunabhängige Organisationen untersagt. Das Arbeitskollektiv, „die Brigade“, entwickelte sich so zum zentralen Verband zur Durchsetzung der eigenen Interessen im täglichen Verteilungskampf. Das eigene Arbeitskollektiv agierte dabei in Konkurrenz zu anderen. Der Konkurrenzkampf um eine möglichst hohe Zuteilung von Ressourcen bei möglichst gering ausfallenden Zielvorgaben auf Betriebs- und Kombinatsebene fand so auf der Ebene der Arbeitskollektive in den Werkhallen ihre Fortsetzung.

3. Wirtschaftsreformen und –gegenreformen in der Sowjetunion und der DDR

Wie im letzten Kapitel gezeigt wurde, prägten grundlegende Interessenantagonismen das Verhältnis der vier wesentlichen Gesellschaftsklassen im Staatssozialismus, der Staats- und Parteiführung, der administrativen und operativen Dienstklasse und der

¹⁹ Siehe u. a. Gregory S. 99-101, 107-108

²⁰ Siehe Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie*, S. 46

Klasse der Lohnarbeiter. Gegensätze, die beginnend in Sowjetrußland in den 1920er Jahren bis zum Ende des Ostblocks 1990 für den Staatssozialismus sowjetischen Typs konstituierenden Charakter besaßen und dessen Entwicklung bestimmten.

Die Partikularinteressen einzelner Klassenfraktionen und Konkurrenzkämpfe spielten eine ebenso bedeutsame Rolle als innerhalb des Gesamtsystems wirkende Triebkräfte. Allerdings schlossen diese Gegensätze die Bildung von gegen andere Gruppen gerichtete Allianzen und mehr oder weniger lang aufrecht erhaltene, ungeschriebene Agreements nicht aus.

Im Folgenden sollen die bereits erwähnten Schwenks und Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik unter diesem Gesichtspunkt analysiert werden.

a) Unterentwicklung und Gewalt, Ineffizienz und Legitimitätsverlust

Als die Sowjetführung unter Stalin ab 1928 das gemischte Wirtschaftssystem der Neuen Ökonomischen Politik NEP binnen kürzester Frist beseitigte und durch die administrative Kommandowirtschaft ersetzte, war die postrevolutionäre russische Gesellschaft bereits von einer tiefen Gewalterfahrung geprägt.

Der Erste Weltkrieg, die Revolution und die folgenden Bürger- und Interventionskriege hatten dem monarchisch und autoritär regierten Schwellenland Rußland eine neue Despotie von Berufsrevolutionären beschert. Es kam nicht von ungefähr, dass es nach dem Ende der das neue Staatswesen hervorbringenden Gewaltexzesse ausgerechnet Charakteren wie Stalin, Kaganowitsch, Ordshonikidze und Berija gelang, sich an die Spitze desselben zu stellen. Und dabei die kosmopolitische – aber ebenso mit Verachtung auf die „zu zivilisierenden russischen Bauernmassen“ herabblickende - revolutionäre Intelligenzija vom Schlage eines Trotzki oder Sinowjew nicht nur politisch, sondern auch physisch vernichteten.

Die liquidatorische Gewalt bestimmte als allgemeine kollektive Erfahrung das Handeln unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen. Wer nicht bereit war sie selbst anzuwenden, drohte ihr zum Opfer zu fallen.

Die Zangengeburt der großen Wirtschaftsreform verursachte zunächst einen Aderlass, den die gebärende Mutter Rußland nur knapp überlebte. Die Zwangskollektivierung, die Massendeportationen von Bauern und die Requirierungen von Nah-

rungsmitteln wie Vieh führten zu einer humanitären Katastrophe, der Hunderttausende zum Opfer fielen.²¹ Das Neugeborene selbst, die neue administrative Kommandowirtschaft, wandelte, nachdem es das Licht der Welt erblickt hatte, beständig auf einem schmalen Grat zwischen Leben und Tod. Stalin und seine Kamarilla suchten den labilen Spross ihrer Revolution von oben mit immer neuen Wechselbädern von Aufbauoffensiven und Terrorkampagnen am Leben zu halten und aufzupäppeln. In die Zeit der ersten beiden Fünfjahrpläne (1928-33, 1933-38) datiert nicht nur der Massenmord an den sogenannten Kulaken, sondern auch die Vernichtung eines großen Teils der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Dabei wurden die Stoßtrupps der Stachanowbewegung gezielt von der Zentrale der Macht in Moskau gegen die Funktionseliten auf betrieblicher und lokaler Ebene in Stellung gebracht. Massenweise ersetzte man scheinbar unbotmäßige Betriebsdirektoren und Abteilungsleiter durch halbgebildete Karrieristen ohne ausreichendes ökonomisches wie technisches Verständnis. Der Klassenkrieg von oben richtete sich also nicht mehr nur gegen die erst in die neue Gesellschaft hineinzuzwingenden Bauern, dieses Millionen umfassende Objekt eines nach innen gerichteten Kolonialismus unter roten Fahnen. Er ging bereits nahtlos in einen mit aller Brutalität geführten Angriff der Partei- und Staatselite auf die sich erst kurz zuvor formierten neuen administrativen und operativen Dienstklassen als potentielle Machtkonkurrenten über.

Auf dem Höhepunkt des Terrors ließ der Diktator schließlich, wie hinlänglich bekannt, neben der alten Garde der Bolschewiki einen Großteil seiner eigenen engsten Gefolgsleute aus dem inneren Zirkel der Macht ermorden.²²

Wichtig für das Verständnis der den systematischen Massenmorden an Technikern (operative Dienstklasse), lokalen wie regionalen Funktionären (administrative Dienstklasse) und an Mitgliedern der Führung (Teil der Parteielite) zugrundeliegenden Motive, sind folgende Ausgangsbedingungen und Interessen: Die allgemeine Erfahrung mit Gewaltexzessen – in anderen Worten mit der Gewalt als bevorzugte soziale Technik zur Lösung von Interessengegensätzen – bestimmte das Bewusstsein von gesellschaftlichen Akteuren in einer technologisch rückständigen Gesellschaft.

²¹ Jörg Baberowski geht unter anderem davon aus, dass allein zwischen 1932 und 1934 280.000 zwangsdeportierte „Sondersiedler“ dem Hunger und der physischen Gewalt der Einsatzkommandos der GPU zum Opfer gefallen waren. Siehe: Baberowski, Jörg (2014): *Verbrannte Erde*. S. 172-199, hier insbesondere S. 194-198.

²² Ebenda S. 317-322 und S. 354-366

Relative Rückständigkeit muss verstanden werden als einer verglichen mit hochindustrialisierten Volkswirtschaften weitaus geringeren Kapitalausstattung pro Arbeitskraft, also modernen Maschinen und hochwertigen Halbfabrikaten. Die Implementierung des neuen Wirtschaftssystems diente der Partei- und Staatselite um Stalin zur Erreichung einer doppelten Zielstellung: Die Festigung des eigenen Machtmonopols über den Weg einer erfolgreichen Hochindustrialisierung des Landes auf Grundlage einer umfassenden Landnahme in allen Subsystemen der postrevolutionären Gesellschaft.

Wie allerdings oben bereits ausgeführt, litt das neue Wirtschaftssystem gleichermaßen unter der unauslöschbaren Neigung der Wirtschaftssubjekte zur Leistungsverweigerung wie zur Hortung von Ressourcen, und damit zur Ineffizienz. Die allgemein übliche Bemessung der Leistung der Betriebe und Arbeitskollektive nach dem Bruttoproduktionswert ihrer Erzeugnisse, d.h. der Produktion ohne Abzug der Kosten bzw. verbrauchten Vorprodukte, führte zudem zu einem nicht zu beseitigenden Hang zur Verschwendung von Rohstoffen und nutzbarer Energie.

Das Machtzentrum in der Person des Diktators sah sich so mit allen Poren der neuen Wirtschaftsordnung durchziehenden Verhaltensmustern konfrontiert, die dem selbst gesteckten Ziel der umfassenden Modernisierung des Landes entgegenwirkten. Und somit den Unfehlbarkeitsanspruch als Grundlage der Legitimität des eigenen Machtmonopols permanent untergruben.

Der sich schon früh bemerkbar machende Hang zur Verselbständigung von Industrieministerien und regionalen Parteieliten bedrohte die Position des Diktators und seines engeren Umfeldes zusätzlich.

Die Anwendung mörderischer Gewalt als Mittel zur Lösung dieses Konfliktpotentials entsprang dem eigenen Erfahrungsschatz und der antrainierten sozialen Praxis der Akteure. Die Auswahl der Opfer diente zwei Zielen gleichermaßen:

1. Potentielle Konkurrenten um die Macht, die den Diktator im Zweifelsfall selbst hätten beseitigen können, sollten ausgeschaltet werden.
2. Zugleich konnten die Machthaber vermeintliche Schuldige für Fehlentwicklungen präsentieren, um die Legitimität der eigenen Herrschaft wieder und wieder gegen drohende Anfälle von Schwindsucht zu immunisieren - die Figur des überall lauernenden Agenten des Imperialismus erfüllte diese Funktion ebenso.

Jeder Ansatz, der den Charakter des „gewaltaffinen Psychopaten“ Stalin zum Dreh- und Angelpunkt der Bestimmung der Ursachen der systematischen Massenmorde in der SU in der Dekade ihres „großen Sprungs nach vorn“ macht, greift zu kurz. Denn die Fokussierung auf die Person des Diktators und seiner Gefährten muss zwangsläufig zur Vernachlässigung des dialektischen Wechselverhältnisses von systemimmanenten Interessenkonflikten, kollektiven Erfahrungshorizonten und der zum Einsatz kommenden sozialen Praktiken führen.

Von maßgeblicher Bedeutung für die Art und Weise, wie die Elite in den Jahrzehnten nach Stalins Tod mit Interessenkonflikten und mit Reformvorhaben umgehen würde, sollte die gemeinsame Erfahrung mit der gegen sie selbst gerichteten Gewalt zur Zeit des Hochstalinismus werden. Der Terror der Stalinära hatte die Spitzenfunktionäre in der KPdSU gelehrt – das Gleiche gilt für die Führungen der kommunistischen Parteien in den neuen Volksdemokratien – dass jedes Mitglied des inneren Zirkels der Macht drohte, dem einmal in Gang gesetzten systematischen Terror früher oder später selbst zum Opfer zu fallen.

b) Wirtschaftsreformen in der DDR und SU nach 1945

Unter direkter Einflussnahme durch sowjetische Berater auf die Ministerien der jungen DDR etablierte die SED-Führung bis Mitte der 1950er Jahre im östlichen deutschen Teilstaat die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs. Ausgenommen blieb bis in die frühen 1970er Jahre ein noch relativ breiter Sektor kleiner und mittelständischer Privatbetriebe. Entgegen der offiziellen Propaganda waren nicht die Fünfjahrpläne, sondern die zentral verordneten Jahrespläne das entscheidende Mittel zur Steuerung der Volkswirtschaft in den Händen der obersten Planer. Wie bereits in den 1930er Jahren in der Sowjetunion offenbarte sich auch in der DDR in kürzester Frist, dass die zentrale administrative Lenkung und Koordination von hunderten von Betrieben mit einer entsprechend breitgefächerten Produktpalette einen enormen verwaltungstechnischen Aufwand verursachte – der zentrale Staatsplan umfasste allein schon 850, die Pläne der Ministerien gar circa 2.500 Güter bzw. Gütergruppen. Lange Wege der Informationsübertragung sowie regelmäßig auftretende Lieferengpässe, verursacht durch Fehlinformationen und zeitliche Verzögerungen bei der Produktion von Vorprodukten für Folge- bzw. Endproduzenten, waren die Folge.

Das eine gesamte hochindustrialisierte Volkswirtschaft durchziehende Netz von Produktionsketten stand so unter permanenter Hochspannung und drohte beständig an unterschiedlichen Stellen zu zerreißen.

Dem Beispiel der Sowjetökonomie auf einem ihrer Irrwege folgend, etablierte das zentralstaatliche Wirtschaftsmanagement in Ostberlin ebenfalls die Plankennziffer Bruttoproduktion als Maßstab zur Bewertung der Wertschöpfung der Betriebe und Kombinate.

Mit ihr wurde die „realisierte Produktion gemäß den vertraglichen Lieferverpflichtungen“ gemessen. Diese Art der Bemessung des Outputs von Betrieben litt von vornherein unter dem Fehlen jedweder Effizienzkriterien, wie sich bereits in der SU in den 1930er Jahren offenbart hatte. Einzelne Kollektive wie ganze VEBs waren so geneigt, möglichst viel Material für die Herstellung der anvisierten Produktionsmengen zu verbrauchen („Tonnenideologie“), um finanziell umso höher belohnt zu werden. Sichtbarer Ausdruck dieses Hangs zur ineffizienten Produktion war der bereits in den 1950er Jahren zu verzeichnende Anstieg des Anteils der Ausgaben für Material und Energie an den Produktionskosten in der DDR-Volkswirtschaft.²³

Die Errichtung des Machmonopols der SED erfolgte in direkter Konkurrenz zum westdeutschen Systemkontrahenten, der ab dem Koreakrieg (1950-53) zu einem 23 Jahre währenden Höhenflug ansetzte.²⁴ Die wachsende Anziehungskraft des westdeutschen Modells manifestierte sich nicht zuletzt in der nicht enden wollenden Emigration hunderttausender Fachkräfte aus der DDR in die BRD.²⁵

Diese externe Gegebenheit war von existenzieller Bedeutung für die Legitimierbarkeit des eigenen Machtanspruches der SED Führung.

Hinzu kam die frühe Erfahrung mit dem Generalstreik am 17. Juni 1953. Zu Beginn eine Revolte der - von ihren Maschinen und Produkten entfremdeten - Industriearbeiterschaft gegen die Zumutung einer ihr ohne jede Rücksprache auferlegten Normerhöhung, deren Konsequenz eine massive Reallohneinbuße von 10 Prozent gewesen wäre. Schon nach wenigen Stunden stellten die Träger der landesweiten Massenpro-

²³ Siehe Steiner, André (2007): *Von Plan zu Plan*. S. 94-95 und HG Conert (1990): S. 25-26, 46

²⁴ Siehe Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band, S. 53-58

²⁵ Die Bildungsinvestitionen in die bis 1961 aus der DDR in die BRD geflüchteten Fachkräfte werden in der jüngeren Forschung auf 30 Mrd. DM veranschlagt. Siehe Ebenda, S.52

teste jedoch die Macht der Staats- und Parteiführung offen in Frage und sprachen ihr jede Legitimität ab.

Zusammengefasst sah sich die herrschende Klasse der SED-Nomenklatura bereits Mitte der 1950er Jahre mit einer dreifachen existenziellen Bedrohung konfrontiert.

1. Der immer offensichtlicher werdende Hang der Zentralverwaltungswirtschaft zur Ineffizienz und Innovationsträgheit widersprach ihrem Unfehlbarkeitsanspruch.
2. Die wachsende Attraktivität des westdeutschen Konkurrenzmodells und dessen wirtschaftlicher Erfolg untergrub die Legitimität des eigenen Machtmonopols und führte zu einem auf Dauer nicht zu verkraftenden Aderlass.
3. Die Arbeiterschaft hatte ihrer „selbsternannten Führerin“ deutlich zu verstehen gegeben, dass sie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Mehrarbeit und Reallohneinbußen nicht hinnehmen würde. Eine Erhöhung der Effizienz der Betriebe über den Weg der Steigerung der Arbeitsnormen ohne adäquate Modernisierung der Maschinenparks der VEBs hatte sich so als außerordentlich gefährvoller Weg erwiesen.

Wie oben bereits ausgeführt, hatte Stalin in den 1930er Jahre versucht, die wachsenden Widersprüche in der Sowjetökonomie quasi durch Terror, den Massenmord an den Führungsriege in den Industrieministerien, an den regionalen Parteieliten und an betrieblichen Managern, aufzulösen. Die DDR-Führung unter Walter Ulbricht hingegen, und wenige Jahre später die KPdSU-Führung unter Leonid Iljitsch Brezhniew, suchte den Weg der Reform zu beschreiten, um die systemimmanenten Entwicklungshemmnisse zu überwinden.

Wirtschaftsreformen in der DDR in der Ära Ulbricht

In der DDR kam es im Zeitraum von 1956 bis 1971 im Wesentlichen zu drei Anläufen das System der Wirtschaftslenkung zu reformieren und effizienter zu gestalten.

1957 entwarf die Staatliche Plankommission der DDR erste Pläne zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung des Planungssystems und suchte deren Umsetzung, unter Ausnutzung der Tauwetterperiode in der Sowjetunion, in Angriff zu nehmen.

Zunächst reduzierten die Wirtschaftsplaner die zentral gesetzten Staatsplanpositionen um die Hälfte und minimierten die Anzahl der Vorgaben für Investitionsvorhaben und den Einsatz von Arbeitskräften.

Neue finanzielle Anreize zur Erfüllung der Produktions- und Gewinnpläne für die Betriebe wurden ebenso geschaffen, während man zugleich die bisherigen Direktfonds durch Betriebsprämienfonds und Kultur- und Sozialfonds ersetzte.

Aufgrund des durch die Aufstände in Ungarn und Polen bei der KPDSU-Führung wachgerufenen Misstrauens gegenüber allzu ambitionierten Reformvorhaben drosselte die Ostberliner Führung den Eifer der Reformer jedoch wieder. Die den VEBs zugestandenen frei verfügbaren materiellen wie finanziellen Ressourcen blieben viel zu gering, um auf Kombinati- oder Betriebsebene flexibler als in der Vergangenheit agieren zu können. Der administrativen und operativen Dienstklasse blieb es so zunächst vergönnt, ihre Partikularinteressen unabhängiger von der Zentrale als bis dahin üblich wahrzunehmen.

Nichtdestotrotz hatte sich die Wirtschaftsleistung der DDR 1957 gegenüber den Vorjahren erhöht. Vor diesem Hintergrund und angesichts einer kurzzeitigen konjunkturellen Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik 1958 verkündete Ulbricht schließlich das Ziel, Westdeutschland beim Konsum und bei der Arbeitsproduktivität bis 1961 bzw. bis 1965 ein- und überzuholen. Ein Ziel, dessen Realisierung die Ostberliner Führung immer wieder aufschob ohne es je zu erreichen. So konsequent diese Zielsetzung im Interesse der Legitimierbarkeit des eigenen Herrschaftsmonopols war, so sehr hatte die SED-Führung ihren eigenen Machtanspruch mit einem letztendlich nie realisierbaren Fernziel verknüpft.²⁶

Der zweite Anlauf erfolgte zwei Jahre nach dem Mauerbau 1963, mit der Verkündung Ulbrichts, in der DDR solle ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“, kurz NÖS, eingeführt werden. In der SED-Führung repräsentiert durch Walter Apel und Günter Mittag, hatten seine Grundzüge und leitenden Ideen Apel selbst und der Professor für Politische Ökonomie Herbert Wolf entworfen.

Die Reform beinhaltete grundlegende strukturelle Veränderungen in der Organisation der Volkswirtschaft.

²⁶ Siehe A. Steiner (2007): *Von Plan zu Plan*. S. 111

1. Den Vereinigungen Volkseigener Betriebe VVB als Verwaltungsinstanzen für einzelne Industriezweige gestanden die Reformer bedeutend mehr Eigenverantwortung zu als bisher üblich. Das Gleiche galt für die ihnen unterstellten Einzelbetriebe.
2. Die Pläne wollte die Zentrale auf wichtige Eckdaten und –ziele reduzieren. Eine stärkere Ausrichtung des wirtschaftlichen Steuerungs- und Lenkungssystems auf die indikative Planung anstatt der bisherigen administrativen Planung sollte so erreicht werden.²⁷

1964 ging man daran, dass Reformwerk in die Praxis zu überführen. Bis 1967 setzten sie eine mehrstufige Reform bei den Erzeugerpreisen um. Die Industriepreisreform hatte allerdings binnen kurzer Frist eine Steigerung der Preise um 12% zur Folge. Allein schon aus sozialpolitischen Gründen sah sich die Führung so gezwungen, die Verbraucherpreise weiter zu subventionieren, um sich nicht den Unmut der Bevölkerung zuzuziehen. So wurde das anvisierte Ziel der Abschaffung der Subventionen verfehlt.

Letztendlich litt das gesamte Preissystem auch weiterhin unter seiner Inflexibilität und blieb wenig geeignet zur Abbildung realer Kosten- und Gewinnrelationen.

Zudem gingen die Reformer nicht soweit, die Höhe der Einnahmen der VEBs strikt von den betrieblichen Ergebnissen abhängig zu machen. Die alten Verhaltensmuster bei der Aushandlung von Planvorgaben, nicht zuletzt das Streben nach „weichen Plänen“, blieben in Folge dessen allgegenwärtig.

Eine Ausweitung der Handlungsspielräume der administrativen Dienstklasse war die Folge. Allerdings fehlten auch weiterhin die Mittel zur optimalen Ausnutzung der sich scheinbar eröffnenden Möglichkeiten. Die verschiedenen Industriezweige und VEBs verfügten nun zwar über ein höheres Maß an Autonomie bei der Auslieferung ihrer Produkte, ohne jedoch die adäquaten Informationen über die realen Bedarfe andernorts zu erhalten. Zugleich waren die einzelnen Betriebe nach wie vor bestrebt, in den Genuss möglichst großer Warenlieferungen zu kommen. Dieser doppelte Missstand führte zu landesweiten Engpässen bei der Materialbeschaffung in allen Branchen.

²⁷ Ebenda. S.130

Andererseits nutzten einige Betriebe ihre Monopolstellung zur Realisierung von Preisaufschlägen und Extragewinnen zu Lasten anderer VEBs.

Zu diesen internen Widersprüchen gesellten sich externe Interessenkonflikte mit der UdSSR. Aufgrund eigener Schwierigkeiten reduzierte der wichtigste Außenhandelspartner der DDR 1964/65 die Lieferung landwirtschaftlicher Güter. Zusätzliche Rohstofflieferungen konnten die ostdeutschen Außenhändler nur noch für entsprechende Gegenleistungen erwarten. Hinzu kam der Bruch einer Reihe von Lieferverträgen, zu deren Umsetzung die DDR-Volkswirtschaft neue Produktionskapazitäten aufgebaut hatte. Die Abnahme von Chemieanlagen durch die SU z.B. drosselte diese, entgegen vorheriger Vereinbarungen.

Die 1965/66 ausbrechende Krise führte im inneren Zirkel der Macht in Ostberlin zu Diskussionen über die Fortsetzung der Reformen.²⁸

Das Resultat war die Modifizierung des eingeschlagenen Reformweges. Unter der Parole „überholen ohne einzuholen“ rief die Führung unter Ulbricht das „Ökonomische System des Sozialismus“ (ÖSS) ins Leben. Als tragende Säulen dieses Konzeptes fungierten eine veränderte strategische Planung, die Konzentration der zentral gelenkten Entwicklungsbemühungen auf wenige Schlüsselsektoren und die weitest gehende betriebliche Autonomie der VEBs in den anderen Branchen.

1. Auf Basis Computer gestützt erstellter langfristiger Prognosen über die Produktion und Konsumtion sollten „strukturbestimmende Haupterzeugnisse und Erzeugnisgruppen“ definiert werden.
2. Als strategische Schlüsselsektoren bestimmten die Wirtschaftslenker die Chemieindustrie (Petrolchemie und Kunststoffe bzw. -faser), den Maschinenbau (Werkzeugmaschinen, Chemieanlagen u.a.), die Elektronik und den EDV-Anlagenbau sowie die Automatisierungstechnik. Deren Entwicklung sollte durch eine zentral gelenkte Planung vorangetrieben werden.
3. Für die Steuerung der restlichen Branchen sahen die Reformer nur noch eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung vor. Im Rahmen der

²⁸ Siehe A. Steiner (2007): *Von Plan zu Plan*. S. 134-135, 143

von oben gesetzten Zielindikatoren sollte die Güterallokation zwischen den Betrieben in diesen Wirtschaftszweigen über den Markt erfolgen.

4. Devisenerlöse der Produzenten sollten sich unmittelbar in ihren Gewinnen niederschlagen. Über diesen Weg erhofften sich die Vordenker der Reform, eine erhöhte Innovationsbereitschaft bei der Produktentwicklung und der Optimierung der Produktionsprozesse induzieren zu können.²⁹

In den folgenden Jahren strebten die meisten Kombinate vor allem danach, in die Liste der strukturbestimmenden Betriebe aufgenommen zu werden. 1968 führte die Staatliche Plankommission SPK bereits ein Tableau von 100 „strukturbestimmenden Aufgaben“, zu denen unterschiedliche Gütergruppen ebenso gehörten, wie Produktionsverfahren und die ihnen zuzuordnenden Aufgaben in der Forschung und Entwicklung.

Angesichts des Prager Frühlings und des erneut in Moskau wachgerufenen Misstrauens gegenüber allzu ambitionierten Experimenten setzte sich in der Ostberliner Führung die Idee durch, man müsse die Aufholjagd gegenüber der BRD forcieren. Vorzeigbare Erfolge, so hofften Ulbricht und Genossen, würden bei der KPdSU-Führung jeden Zweifel an den Reformen zerstreuen und die eigene Bevölkerung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges überzeugen. Im Perspektivplan von 1968 visierte das Politbüro für den Zeitraum 1971-75 ein durchschnittliches jährliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von 8,5% an. Die nachweislichen Erfolge in den Schlüsselsektoren Maschinenbau, Chemie, Elektronik und Datenverarbeitungstechnik ect. gingen allerdings häufig zu Lasten der nichtprivilegierten Industriebranchen. Deren Betriebe litten regelmäßig unter dem Mangel an notwendigen Vorprodukten und sahen sich vor schier unüberwindbare Hindernisse gestellt.

Die die eigenen Möglichkeiten bei weitem übersteigenden Investitionsvorhaben und die viel zu hoch angesetzten Ziele bei der Arbeitsproduktivität führten zu bedrohlichen Ungleichgewichten zwischen Vor- und Endproduzenten bzw. zum Raubbau am

²⁹ Siehe A. Steiner (2007): *Von Plan zu Plan*. S. 142-143

Anlagenkapital der VEBs. Die so erzeugte Krise suchte Ulbricht durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der BRD zu lösen, zumal die SU sich geweigert hatte, der DDR größere Rohstofflieferungen zuzugestehen. „Wir machen Schulden bei den Kapitalisten bis an die Grenze des Möglichen, damit wir einigermaßen durchkommen. Ein Teil der Produkte aus den neuen Werken muss deshalb dorthin exportiert werden, wo wir die Maschinen gekauft und die Schulden gemacht haben. In kurzer Zeit müssen diese neuen Anlagen amortisiert sein...“ Eine Strategie, die von den führenden Apparatschiks in Moskau als gefährliche Verselbständigung eines ihrer Vasallen gewertet wurde.

Die von Erich Honecker geführte und von Moskau unterstützte Palastrevolte hatte schließlich die Rückkehr zum altbekannten System der dirigistischen Lenkung und Planung der Volkswirtschaft zum Ziel. Nach den Streiks vom 14. bis 22. Dezember 1970 in Gdynia, Danzig und Stettin als Reaktion auf die von der polnischen Führung geplante Sanierungspolitik kam es zu einem weiteren Schwenk in Ostberlin. Mit der nun verkündeten Strategie „der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ suchte die Staats- und Parteiführung vor allem Eins zu verhindern: Erschütterungen des eigenen Machtmonopols durch soziale Unruhen im Inneren. Die sozialen Zugeständnisse der Folgejahre können durchaus als strategischer Erfolg der staatssozialistischen Arbeiterklasse gewertet werden. Nicht zuletzt gingen die sozialen Zugeständnisse einher mit arbeitsrechtlichen Verbesserungen, die die Druckmittel der Betriebs- und Abteilungsleiter gegenüber ihren Belegschaften erheblich einschränkten.

Im Zuge der ab 1971 vollzogenen Gegenreformen verlor vor allem die administrative Dienstklasse in den Industrieministerien, auf Kombinati- und Betriebsebene die einmal gewonnenen Spielräume. In den 1970er und 80er Jahren setzte die Wirtschaftsadministration unter Günter Mittag eine erneute Konzentration von Entscheidungskompetenzen in ihren Händen durch, die zunehmend groteske Züge annahm. Die fortschreitende Abkopplung der Elite von der Wirklichkeit, die sich überall bemerkbar machenden Engpässe und der permanente Notstand an der betrieblichen Basis eröffneten wiederum einzelnen Facharbeitergruppen und Technikern nicht zu unter-

schätzende Freiräume. Einzelne Fraktionen der operativen Dienst- und der staatssozialistischen Arbeiterklasse waren so zu Gewinnern der Gegenreformen geworden.³⁰

Die Kossygin-Reform in der Sowjetunion

In der fünfzehnjährigen Periode von Wirtschaftsreformen von 1956 bis 1971 folgte die Sowjetunion in gewisser Hinsicht einzelnen ihrer Satelliten, wie der DDR oder Polen. Die sogenannte Kossygin-Reform beginnend im Herbst 1965 kann als das für lange Jahre umfassendste Reformprojekt in der UdSSR gewertet werden, bis zur Perestroika unter Gorbatschow in den 1980ern. Die Reform traf auf großes Interesse in der internationalen Öffentlichkeit und war für nicht wenige westliche Wissenschaftler Motivation, sich tiefergehend mit der Ökonomie des Staatssozialismus zu befassen.

Kernziele dieses umfassenden Reformvorhabens bildeten wie in der DDR die Intensivierung der Produktion und die Steigerung der Innovationsneigung in den Staatsbetrieben. Am 30.09.1965 hoben die sowjetischen Wirtschaftslenker unter dem Vorsitzenden des Ministerrates A. N. Kossygin die unter Nikita S. Chruschtschow im Frühjahr 1957 eingeführte territoriale Leitungsstruktur wieder auf. An ihre Stelle trat die Organisation der Zentralverwaltungswirtschaft in Industriebranchen, wie sie vor der Reform von 1957 bereits existiert hatte.

Laut den Verlautbarungen der vormaligen Führung unter Chruschtschow verfolgte diese mit der Durchsetzung der regionalen Organisation das Ziel, den zur Autarkie neigenden Branchengoismus der Industrieministerien zu durchbrechen. Sie hoffte über diesen Weg eine stärkere regionale Kooperation zwischen den einzelnen Kombinen herzustellen, so die offizielle Lesart. In der Realität traten an die Stelle des Branchengoismus jedoch nun die Partikularinteressen der Regionen. Dem vorherrschenden Hang zur Zurückhaltung von Leistungsreserven mit dem Ziel der Erlangung weicher Pläne hatte die Führung damit ebenso wenig einen Riegel vorgeschoben wie es ihr vergönnt blieb, den Konkurrenzkampf um die Zuwendung möglichst großer Ressourcen seitens der Kombinate und Betriebe einzudämmen.

³⁰ Zachäus, Alf (2001): *S. Meuschel und H. Solga im Vergleich*. S. 25-29

Die Schlüsselidee in der ab 1965 in der SU geführten Reformdebatte war die Vorstellung der Reformer, die Erhöhung der Effizienz der Betriebe sei durch materielle Anreize für die unmittelbaren Produzenten, die Arbeitskollektive, zu erlangen. Der Charkower Ökonom J. Liberman hatte bereits in seinem Artikel in der Prawda „Plan, Gewinn und Prämie“ vom 09.09.1962 empfohlen, den Arbeitskollektiven Kompetenzen zur Gestaltung des Produktionsprozesses zu übertragen und Anreize für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu schaffen. Anstelle der Hauptkennziffer Planerfüllung nach Produktionsumfang sollte die Rentabilität, also der Gewinn im Verhältnis zum Grund- und Umlauffond, treten.

Des Weiteren empfahl Liberman die Betriebe mit der Vollmacht auszustatten, die Quantitäten der zu produzierenden Güter mit den übergeordneten Stellen direkt auszuhandeln und ansonsten alle zu ihrer Realisierung notwendigen Schritte selbst zu planen.

Der schließlich 1966 gefällte Reformbeschluss sah vor, Libermans Konzept ausgehend von der Erprobung in einzelnen Schlüsselbranchen schrittweise in der gesamten Industrie umzusetzen.

Nach einem halben Jahrzehnt allerdings wurde allgemein das Scheitern des Reformwerks konstatiert. Im Gegensatz zur DDR war es den Reformern in der Sowjetunion nicht einmal im Ansatz gelungen, die einmal gefassten Beschlüsse in die Realität umzusetzen. Eine umfassende Obstruktionspolitik der Wirtschaftsadministration hatte dies über Jahre hinweg verhindert. Die die Wirtschaft lenkende Fraktion der herrschenden Nomenklatura und Teile der administrativen Dienstklasse hatten ihre Weisungsbefugnisse erfolgreich dazu genutzt, ihre Machtposition zu verteidigen. Bei einem erfolgreichen Verlauf der Reform hätten sowohl die Dienstklasse der Generaldirektoren auf Kombinatsebene als auch die zentralstaatlichen Planer und Wirtschaftslenker die Erosion ihrer Macht befürchten müssen.

In den Arbeitskollektiven trafen die Reformen ebenso wenig auf große Gegenliebe, da die Erhöhung der Reallöhne und ein reicheres Warenangebot auf sich warten ließen. Zugleich hatte sich der Arbeitsdruck schon nach der Umsetzung der ersten zaghaften Reformansätze erheblich erhöht. Nicht zuletzt waren im Zuge der Reform die Zugriffsrechte der Betriebsdirektoren auf die Arbeitskraft ihrer Betriebsangehörigen

gen erhöht und ihre Möglichkeiten, unbotmäßige Arbeiter zu disziplinieren, ausgeweitet worden.³¹

Im Staatssozialismus der Breschnew-Ära widersprachen die Pläne der Reformer den Interessen fast aller gewichtigen sozialen Akteure außer denen der betrieblichen Abteilungsleiter und der Direktoren der Einzelbetriebe der Großkombinate.

Das Scheitern der Reformen war Resultat des Widerstandes von Apparatschiks und Spitzenmanagern. Durch ihre Rücknahme erfuhren Facharbeiter und Arbeitskollektive gegenüber ihren Direktoren und Abteilungsleitern ebenfalls eine erneute Stärkung ihrer individuellen bzw. kollektiven Verhandlungsmacht.

4. Resümee

Die Staats- und Parteiführung in der Sowjetunion seit der Russischen Revolution und in den „Volksdemokratien“ wie der DDR nach 1945 agierte beständig aus einer machtpolitischen Zwangslage heraus. Ihr Macht- und Entscheidungsmonopol war Grundlage ihrer privilegierten Stellung in der Gesellschaft des Staatssozialismus sowjetischen Typs. Sie konnte dieses Monopol jedoch nur mittels eines nie erfüllbaren Unfehlbarkeitsanspruches und unrealistischer Fortschrittsversprechen legitimieren. Dieser Widerspruch bestimmte ihr Verhältnis zu den drei anderen Gesellschaftsklassen, der administrativen und der operativen Dienstklasse sowie der im Dauerzustand der Entfremdung gefangenen staatssozialistischen Arbeiterklasse. Die Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen führte zu einem Mangel an wirksamen Innovationsanreizen. Der allgegenwärtige Hang zur Hortung von Ressourcen und zur Zurückhaltung von Leistungsreserven durch Kombinate, Einzelbetriebe und Belegschaften bremste beständig die Entwicklungsbemühungen der Führungen aus.

Die Hyperkonzentration von Kompetenzen im Zentrum der Macht erzeugte wiederum eine Überdehnung des Datenerfassungssystems. Dieser systemimmanente Missstand produzierte permanent Fehlinformationen auf allen Ebenen der volkswirtschaftlichen Hierarchie, aus denen regelmäßig auftretende Fehlleitungen von Ressourcen jedweder Art resultierten.

³¹ Conert (1990): *Die Ökonomie*, S. 117-123

In der von einer tiefen Gewalterfahrung geprägten sowjetrussischen Gesellschaft in der Phase der Zwangsmodernisierung unter Stalin entluden sich diese Widersprüche in der Ausweitung des von oben geführten Klassenkrieges auf dem Land gegen die neuen Gesellschaftsklassen in den Städten und Industriegebieten.

Am Ende erfasste die Spirale des Terrors den inneren Zirkel der Macht selbst.

In der Reformperiode von 1956 bis 1971 kam es in der DDR wie der Sowjetunion zu unterschiedlichsten Interessenüberschneidungen zwischen sozialen Gruppen, die allzu häufig verschiedenen sozialen Klassen angehörten. Reformers aus der Parteielite betrieben eine Politik zugunsten von Kombinati- und Betriebsdirektoren. Am Ende scheiterten alle Reformansätze an dem unbedingten Willen der von den Reformen benachteiligten Fraktionen der Elite und der Ministerialbürokratien, ihre Macht und Privilegien zu verteidigen.

Auswahlbibliographie:

Baberowski, Jörg (2014): *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*. Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main

Bourdieu, Pierre (1991): *Sozialer Raum und "Klassen" : Leçon sur la leçon: zwei Vorlesungen*. Übersetzt von Bernd Schwibs, Frankfurt am Main, Suhrkamp

Boyer, Christoph (1999): *Kaderpolitik und zentrale Planbürokratie*. in: Hornbostel, S. (Hrsg.): *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen

Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*. Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot

Diewald, M. (1995): *Kollektiv, „Vitamin B“ oder „Nische“. Persönliche Netzwerke in der DDR* in: Huinink, J. (Hrsg.): *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin, Akademie Verlag, S. 223-260

Fritze, Lothar (1993): *Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse, Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen*. Tutzing, Olzog-Verlag, Akademiebeiträge

Gregory, Paul R. (2004): *The Political Economy of Stalinism. Evidences from the Soviet Secret Archives*. Cambridge, New York, Melbourne, Cambridge University Press

Gürtler, Markus (1996): *Die Grenzen der Kontrolle. Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR*. in: Bessel, R. u. Jessen, R. (Hrsg.): *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht

Hornbostel, S. (1999): *Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster. Befunde aus der Analyse des zentralen Kaderdatenspeichers* in: Hornbostel, S. (Hrsg.):

Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen, Leske + Budrich, S.177-207

Hübner, P.(1995): *Konsens und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik*. in der DDR/SBZ 1945-70, Berlin, Akademie Verlag

Hübner, P. (1999): *Antielitäre Eliten* in Hübner, P. (Hrsg.): Sozialistische Eliten, Köln, Wien, Weimar, Böhlau Verlag, S.9-35

Hübner, P. (1999): *Menschen-Macht-Maschine. Technokratie in der DDR*. in: Hübner, P. (1999): Sozialistische Eliten, Köln, Wien, Weimar, Böhlau Verlag, S.325-360

Karlsch, Rainer (1993): *Allein bezahlt? : die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945 – 1953*. Berlin, Links

Koenen, Gerd (1998): *Utopie der Säuberung: was war der Kommunismus?*
Berlin, Fest

Mandel, Ernest (2000): *Macht und Geld: eine marxistische Analyse der Bürokratie.*
Neuer ISP Verlag, Köln

Marcel M. van der Linden (1992): Von der Oktoberrevolution zur Perestroika : der westliche Marxismus und die Sowjetunion. Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin, Frankfurt am Main, dipa-Verlag

Marx, Karl: *Die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahr 1844.* in: Karl Marx & Friedrich Engels (1985): *Ausgewählte Werke in sechs Bänden.* Band 1, Dietz Verlag Berlin (Ost)

Marx, Karl: *Grundrisse der politischen Theorie (Rohentwurf) 1857-1858.* Dietz Verlag Berlin (Ost), 1974, 2. Auflage

Niethammer, L.; Plato, A. v. u. Wierling, D. (1991): *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR,* Berlin, Rowohlt-Verlag

Plato, A.v. (1999): *Arbeiter-Selbstbilder in der DDR* in: Hübner u. Tenfelde (Hrsg.): *Arbeiter in der SBZ-DDR,* Essen, Klartext Verlag, S. 867-881

Rügemer, Werner (1996): *Wirtschaften ohne Korruption?* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Solga, Heike (1995): *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität in der DDR.* Berlin, Akademie Verlag

Steiner, André (2007): *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR,* Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

Wagner-Kyora, G. (1999): *Loyalität auf Zeit – Zur Identität der Management-Elite der DDR Chemieindustrie* in: Hübner, P. (Hrsg.): *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln, S.299-308

Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Hauptwerke der großen Denker. Voltmedia, Paderborn

Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band Bundesrepublik und DDR 1949 - 1990. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main

Wenzel, Siegfried (1998): *Plan und Wirklichkeit - Zur DDR-Ökonomie*. Dokumentation und Erinnerung, St.Katharinen, SCRIPTA MERCATURAE VERLAG

Zachäus, Alf (2001): *War die DDR eine gleichgeschaltete Gesellschaft von Staatsangestellten oder eine neue Klassengesellschaft ?*

Totalitarismustheorie und neomarxistische Strukturanalyse am Beispiel der Arbeiten von Sigrid Meuschel und Heike Solga auf dem Prüfstand. Halle, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (2013 Veröffentlichung beim GRIN-Verlag)

Zeuske, Michael (2000): *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*. Rotpunktverlag, Zürich

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

